

II-1989 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 990/J

1984 -11- 07

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Hawlicek, Dr. Jankowitsch, Dr. Offenbeck
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend die Durchführung von Empfehlungen des Europarates
betreffend die Gleichstellung von Frau und Mann in
den Medien

Das Ministerkomitee des Europarates hat am 25. September 1984 auf Vorschlag des zuständigen Expertenausschusses eine Empfehlung über die Gleichheit zwischen Frau und Mann in den Medien angenommen. Die Empfehlung N^OR (84) 17 fordert die 21 Mitgliedsregierungen des Europarates auf, zur Förderung der Gleichheit zwischen Frau und Mann in den elektronischen Medien (Rundfunk, Fernsehen) und in der Presse beizutragen, indem sie die notwendigen Initiativen für die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen ergreifen, u.a. mit dem Ziel:

- Ausmaß und Einfluß von Unterhaltungssendungen auf ihren Gehalt an geschlechtsspezifischen Vorurteilen untersuchen zu lassen;
- die Durchführung von positiven Aktionen in den Medien anzuregen, damit die Stellung der Frau vor allem in den Schaltstellen und im technischen Bereich verbessert wird;
- darauf zu achten, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung zwischen Frau und Mann zur Anwendung kommt, was die Normen für die Einstellung, Ausbildung, Bezahlung, Beförderung und sonstiger Arbeitsbedingungen für die in den Medien beschäftigten Personen betrifft;

- 2 -

- die angemessene Beteiligung der Frau in den Kontroll- und Führungsorganen der Medien zu fördern, sowie in den von Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlten Gesprächen und Diskussionen;
- in den von Behörden gestützten Medienkampagnen darauf hinzuwirken, daß nicht nur das Bild der Frau positiv gestaltet und die Würde gewahrt wird, sondern auch das Frau-Mann-Verhältnis der Wirklichkeit entspricht, ohne geschlechtsspezifische Klischees, und unter Ausschluß jeglichen Mißbrauchs des weiblichen und männlichen Körpers zum Zwecke der Werbung für ein Produkt oder eine Dienstleistung.

Im Hinblick auf diese an die Mitgliedsregierungen des Europarates gerichtete Empfehlung richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler die nachfolgende

A n f r a g e :

- 1.) In welcher Weise könnte bereits auf der Grundlage der geltenden österreichischen Rechtsordnung der genannten Empfehlung des Europarates Rechnung getragen werden?
- 2.) Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit die Initiative zu einer Regierungsvorlage zu ergreifen, um den gesetzlichen Programmauftrag des ORF im Sinne der genannten Empfehlung des Europarates weiter zu entwickeln?